

Die europäische Rolle der Türkei im Angelpunkt zwischen den Krisenregionen Balkan, Kaukasus, Mittlerer Osten und Naher Osten

Kaum ein Land ist von den weltpolitischen Veränderungen der Jahre 1990/91 so nachhaltig betroffen wie die Türkei. Das gilt für die innere Lage im Lande;¹ das gilt aber auch für die Außenpolitik. Ankara ist mit keiner geringeren Herausforderung konfrontiert, als sowohl seinen Platz zwischen den die Türkei umgebenden Regionen als auch innerhalb des internationalen Systems neu zu bestimmen.

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts stellt sich die geopolitische Gesamtsituation der Türkei grundlegend verändert dar. Kleinasien ist heute der Schnittpunkt dreier Großräume: Europas, des islamischen Nahen Ostens und Zentralasiens. Das unmittelbare Umfeld freilich nimmt sich alles andere als stabil aus. Im International Herald Tribune vom 18.5.1995 wurde dies salopp auf den Punkt gebracht: Unter der Überschrift: "Die Türkei – ein Land mit schlechter Nachbarschaft", fährt der Text fort: "Schon die Karte der Türkei bietet einen Ausblick auf alle Troublespots der Welt nach dem Kalten Krieg. Die Türkei ist geographisch, ethnisch oder politisch mit den Problemen des Irak, Irans, Armeniens, Aserbajdschans, Georgiens, Zyperns, Griechenlands, Bulgariens, Rußlands, Syriens und des islamischen Fundamentalismus verbunden. Was den Türken noch fehlt, ist eine Grenze mit Tschetschenien. Die türkische Außenpolitik ist ein Alptraum von 360 Grad".

Die in Ankara durch die 90er Jahre hindurch geführte Diskussion um eine "neue Außenpolitik der Türkei" zeigt, daß sich das außenpolitische Establishment in Politik, Diplomatie, Wissenschaft und den Medien dieser neuen Lage bewußt ist. Zwei Begriffe werden gleichsam zu Ausgangspunkten der Diskussion: Geopolitisch habe sich die Lage der Türkei verändert. Das neue "geopolitische" Denken entdeckt die eurasische Dimension als den Raum, innerhalb dessen die Türkei neu zu verorten ist.² Damit klingt etwas an, was sich nahezu in jedem Beitrag vernehmen läßt, der sich zu Fragen der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik äußert: Ein enorm gesteigertes Selbstbewußtsein. Präzise hat Umut Arik, zeitweilig Chef der Turkish Agency for Economic Development am Außenministerium, die politische Ausstrahlung der Türkei definiert: "Gleichgewicht und Stabilität herzustellen auf dem Balkan, in der Schwarzmeer-Region, im Kaukasus, im östlichen Mittelmeer und in Zentralasien".³

Diese Argumente sind geeignet, die zentrale Achse türkischer Politik, die noch immer nach Europa weist, zu stärken. Noch bis weit in die neunziger Jahre hinein war die "neue Rolle" der Türkei gleichsam ein zusätzliches Argument dafür, die Aufnahme des Landes in die Europäische Union konstruktiv zu überdenken und zu beschleunigen. Und noch 1995 war die Intensität, mit der Ankara den Beitritt zur Zollunion mit der EU betrieb, Ausdruck der Entschlossenheit der politischen Klasse, dem lange angestrebten Ziel einer Vollmitgliedschaft näherzukommen. In der Tat verleiht die herausfordernde politische Konstellation der Türkei ihren besonderen – neuen – Stellenwert für Europa. Er liegt in der Frage, ob das Land in der Lage sein wird, gegenüber einem so komplexen geopolitischen Umfeld die Rolle eines

¹ S. umfassend dazu: Udo Steinbach: Die Türkei im 20. Jahrhundert. Schwieriger Partner Europas, Bergisch-Gladbach: Gustav Lübbe Verlag 1996, S. 260 ff.; idem: Europas Brücke zur islamischen Welt. Die Türkei auf Identitätssuche, in: Blätter für deutsche und internationale Politik X/1996, S. 1232/1241.

² Stellvertretend für den Gebrauch dieser Terminologie sei hier genannt: Suat Ilhan: Geopolitic Developments and the Turkish World, in: Eurasian Studies, 2(1995)3, S. 23-37.

³ Umut Arik: Turkey and the International Security System in the 21st Century, in Eurasian Studies, 2(1995/96)4, S. 8.

politischen Moderators zu spielen, der in der Lage ist, einen Beitrag zum Abbau von Konfliktfaktoren zu leisten und so zu Frieden und Stabilität in den benachbarten Regionen beizutragen. Oder ob sie in die diversen Konfliktkonfigurationen hineingezogen und auf diese Weise selbst Teil von Regionalkonflikten wird, die durchaus in die internationale Politik zurückwirken könnten. Europa muß jedes Interesse haben, die Türkei als Faktor politischer Stabilität zu erhalten. Eine Türkei, die selbst Teil der Problemlagen des Umfelds würde, brächte erhebliche Risiken für die Sicherheit Europas, aber auch für seine wirtschaftlichen Interessen mit Blick auf den arabischen Raum wie auf Zentralasien mit sich.

Welche Rolle hat das Land, im Zentrum jenes "Alptriums von 360 Grad" gelegen, seit dem Ende des Ost-West-Konflikts gespielt? Der Balkan, der Kaukasus und Zentralasien sowie die mittelöstlichen Nachbarn und Israel sind Schauplätze bzw. Akteure von veränderter Qualität für die türkische Außenpolitik.

Der Balkan

Auf den Zerfall Jugoslawiens reagierte Ankara anfangs zurückhaltend. Es trat keineswegs von Anfang an für die Entstehung unabhängiger Staaten auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien ein. Erst als die Unausweichlichkeit des Auflösungsprozesses mit der Anerkennung von Slowenien und Kroatien einerseits und der serbischen Aggression andererseits deutlich wurde, entschied sich die türkische Regierung für die Anerkennung aller neuen Staaten.

Die türkische Politik in den Konflikten im Zerfallsprozess Jugoslawiens reflektierte zwei grundlegende Besorgnisse: So galt es einmal zu verhindern, daß der Krieg in Bosnien-Herzegowina zu einer Vertiefung der Kluft zwischen dem Westen und der islamischen Welt führen würde; eine solche Entwicklung hätte die Lage der Türkei in den internationalen Beziehungen kompliziert. Zum anderen galt es, einer Ausweitung des Konflikts auf andere Teile des ehemaligen Jugoslawien, wo bedeutende türkische Minderheiten (und erhebliche muslimische Bevölkerungsteile) leben, entgegenzuwirken. So war Ankara vor allem darum bemüht, die religiösen und ethnischen Aspekte des Konflikts herunterzuspielen. Aus türkischer Sicht handelte es sich um eine Aggression der Serben gegen die international anerkannten Staaten Kroatien und Bosnien-Herzegowina, Mitglieder der UNO und anderer internationaler Organisationen. Ein Sieg der Serben würde zu weiterer Polarisierung ethnischer und religiöser Gegensätze und somit zu anhaltender Instabilität geführt haben.

So machte die Türkei seit dem Beginn der Krise geltend, daß es in der Verantwortung der internationalen Gemeinschaft liege, den Prozess ethnischer Säuberung aufzuhalten. Ankara erklärte seine Bereitschaft zu diesbezüglichen Maßnahmen unter Einschluß der Anwendung von Gewalt unter der Regie der UNO oder regionaler Organisationen wie der NATO oder OSZE. Die Türkei erkannte Bosnien-Herzegowina am 6.3.1992 an. Ihre Handlungsspielräume freilich blieben begrenzt. Mit ihrer Forderung nach einem militärischen Eingreifen zugunsten der Bosnier konnte sie sich nicht durchsetzen. Auch die diplomatischen Aktivitäten reichten nicht sehr weit. So trafen sich im November 1992 auf Einladung des türkischen Außenministers Delegierte und Außenminister aus sieben Balkanländern (sowie Österreich, Ungarn und Italien) in Istanbul. Viel Konkretes kam dabei nicht heraus.

Insgesamt hat die Türkei in der Bosnienkrise hohes Profil gezeigt und ihre Politik zugleich mit der internationalen Linie eng koordiniert. Ankara hat auf die Beendigung des Konflikts auf der Grundlage des Abkommens von Dayton mit Erleichterung reagiert. Einen Brennpunkt türkischer Balkanpolitik bildeten die Beziehungen zu Griechenland. Setzten beide Länder in ihrer Haltung zum Konflikt in Bosnien-Herzegowina schon unterschiedliche Akzente, so kam es über Mazedonien zu offenen Differenzen. Während Ankara die frühere jugoslawische

Teilrepublik unmittelbar nach ihrer Unabhängigkeitserklärung diplomatisch anerkannte, forderte Athen eine Umbenennung, da es wegen der gleichnamigen nordgriechischen Provinz Gebietsansprüche Skopjes auf diese griechische Region befürchtete. 1994 verhängte Griechenland ein Embargo gegen Mazedonien; die Türkei bekräftigte 1995 ihre guten Beziehungen mit einem türkisch-mazedonischen Freundschaftsvertrag. Albanien schließlich wurde ein weiterer Stein des Anstoßes in den türkisch-griechischen Beziehungen.

Aber auch unabhängig von der Balkanproblematik blieben diese gespannt; wiederholt war in beiden Hauptstädten eine kriegerische Rhetorik zu vernehmen. Vor allem die mögliche Ausweitung der Hoheitsgewässer der griechischen Inseln in der Ägäis von 6 auf 12 Meilen, die von der Regierung in Athen wiederholt angekündigt wurde, provozierte in Ankara militante Reaktionen. Im Juli 1994 nannte Ministerpräsidentin Çiller einen solchen Schritt einen "Kriegsgrund".

Der Kaukasus und Zentralasien

Wie mit dem Balkan, so ist auch mit dem Kaukasus und Zentralasien nach dem Ende der Sowjetunion eine Nachbarregion entstanden, mit der sich ein Netz politischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen entwickelt hat. Die Öffnung dieser Region, die naturgemäß vor dem NATO-Mitglied jahrzehntelang hermetisch abgeriegelt war, setzte in der Türkei von Anfang an beträchtliche Emotionen und weitreichende Planungen politischer und wirtschaftlicher Umgestaltung frei, in der sich die Türkei einen entscheidenden Stellenwert beimaß. Die Erwartungen, ins Immense gesteigert, wurden in dem Diktum Präsident Özals (auch von seinem Nachfolger Süleyman Demirel wiederholt) reflektiert, daß sich die Türkei nicht mehr als "ein Land zwischen dem Bosphorus und Iğdir (Provinz an der iranischen Grenze), sondern zwischen der Adriatischen See und der Chinesischen Mauer" verstehe. Wenngleich dies nicht als ein pantürkistisches Konzept interpretiert werden sollte, so kam doch darin das Selbstbewußtsein einer Türkei zum Ausdruck, der im Verbund mit den turksprachigen Republiken Zentralasiens eine "neue Rolle" zu wachsen würde.

Auf wirtschaftlichem Gebiet sind die Bäume nicht in den Himmel gewachsen. Zur Koordinierung der wirtschaftlichen Aktivitäten wurde am Außenministerium die "Türkische Kooperations- und Entwicklungsagentur" ins Leben gerufen. Sehr rasch erwies sich, daß der Türkei angesichts des tiefen wirtschaftlichen Einbruchs Zentralasiens die Kapazitäten fehlten, signifikante Entwicklungsimpulse zu geben – ganz zu schweigen davon, daß die vollmundigen Absichtserklärungen, einen Beitrag zum Übergang zur Marktwirtschaft zu leisten, nicht mit Leben gefüllt werden konnten. Auch die im Juni 1992 ins Leben gerufene Schwarzmeer-Wirtschaftsregion, der außer allen Schwarzmeeranrainern auch Armenien, Aserbaidschan, Moldawien, Griechenland und Albanien angehören, hat die anfangs in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt. Das aus 18 Punkten bestehende Gründungsprogramm sah die Zusammenarbeit in den Bereichen Transport, Telekommunikation, Handel, Bergbau, Industrie, Landwirtschaft, Energie, Tourismus, öffentliches Gesundheitswesen, Umweltschutz, Wissenschaft und Technologie vor.

Schließlich überstieg auch im politischen Bereich die anfängliche Euphorie das realistisch Machbare. Das gilt zum einen mit Blick auf das Zusammenrücken der Turkvölker. Auf dem ersten Turkgipfel in Ankara 1992 wurden in der "Erklärung von Ankara" in allgemein gehaltener Form Gemeinsamkeiten beschworen, die die bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Infrastruktur, die Verpflichtung auf die Prinzipien der Demokratie und der Achtung der Menschenrechte, den Säkularismus und die Marktwirtschaft sowie die Zusammenarbeit im kulturellen, insbesondere im sprachlichen Bereich betrafen.

Konkrete Absprachen über einen Zielkatalog der Ausgestaltung der Beziehungen, wie er von türkischer Seite vorbereitet worden war, der die Liberalisierung des Handels, einen Zollabbau und den Bau von Erdgas- und Erdölpipelines hätte beinhalten sollen, wurden nicht getroffen. Ersichtlich nahmen die Staatschefs, namentlich der kasachische Präsident Naserbajew, auf die Interessen Rußlands in der Region Rücksicht.

Zum dritten Treffen fand man sich im August 1995 in der kirgisischen Hauptstadt Bischkek zusammen. Wieder blieb das Ergebnis blaß. Der erstarkte russische Einfluß in der Region lag wie ein Schatten über ihm. Unübersehbar fällt Zentralasien nach einer kurzen Zeit der Hoffnung auf Selbständigkeit wieder in die rauhe Wirklichkeit russischer Einflußnahme zurück. Der Traum von einem zusammenrückenden wirtschaftlichen und politischen turksprachigen Raum ist dabei zu verblassen. Verfliegen ist aber auch die Vision einer Demokratisierung zentralasiatischer Regime nach türkischem Vorbild.

Die "neue Rolle" der Türkei war nicht zuletzt auch von Washington aus vorgezeichnet worden. Über die Türkei sollte der unterstellte – Einfluß der Islamischen Republik Iran in Zentralasien eingedämmt werden. Die "neue Rolle" stellt sich also als eine Facette einer weiterreichenden Politik des Containment gegenüber Iran dar. Zugleich sollte die Türkei dazu beitragen, das nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion zunächst spürbar werdende politische Vakuum in Zentralasien zu füllen. Last, but not least wurde die Türkei zum Partner amerikanischer Bemühungen, einen dominanten Part bei der Ausbeutung vornehmlich der Erdöl- und Erdgasreserven in der Region (vor allem in Aserbaidschan und Kasachstan) zu übernehmen. Mit Blick auf die Exportrouten, um die Rußland, Iran und die Türkei rivalisieren, hat die türkische Landbrücke in den Planungen amerikanischer Ölonternehmen (gestützt von der amerikanischen Regierung) einen hohen Stellenwert. Hier geht es für die nächsten Jahrzehnte um beträchtliche wirtschaftliche und rohstoffpolitische Interessen.

Spätestens seit 1993 hat Ankara in Zentralasien erheblichen politischen Gegenwind aus Moskau zu spüren bekommen. Nach anfänglichen Irritationen konnte es verlorene Positionen zurückgewinnen. Die Türkei mußte die schmerzliche Krise um Nagorny Karabach erfahren. In dem Maße, in dem Rußland nach der Unabhängigkeit Aserbaidschans im Jahre 1991 sich immer offener auf die Seite der Armenier stellte, rückte die Türkei näher an die Seite des turksprachigen Nachbarvolks. Durch die Machtübernahme der "Volksfront" in Baku im Mai 1992 schien Aserbaidschan eindeutig in die türkische Einflußsphäre gefallen zu sein. Unverhüllt steuerte der damalige Präsident Ebulfeyz Elçibey einen einseitig protürkischen, zugleich antiiranischen und antirussischen Kurs. Mit der gewaltsamen Ablösung Elçibey's im Sommer 1993, an der hinter den Kulissen Rußland mitwirkte, ist eine allzu enge Annäherung Bakus an die Türkei erst einmal gestoppt. Der Fall Aserbaidschan offenbart einmal mehr die Schwierigkeiten der Türkei, eine wirklich bestimmende Rolle in der Region zu spielen.

Die russische Militäraktion in Tschetschenien, die im Dezember 1994 begann, weist gleichfalls in diese Richtung. Zwar sind Gründe und Hintergründe vielschichtig. Das Beharren Moskaus, das Territorium der Russischen Föderation im Kaukasus zu erhalten, war eine andere Facette der Entschlossenheit, die weitere Auflösung der Föderation entlang ethnischer und religiöser Bruchlinien zu verhindern. Auch in diesem Falle ist das Dilemma der Türkei sichtbar: Aus historischen und politischen Gründen hätte Ankara ein starkes Interesse daran haben sollen, den Widerstand des Kaukasusvolkes gegen Moskau zu unterstützen. Praktisch aber waren den Türken die Hände gebunden, denn eine solche Unterstützung würde die ohnehin schon vielfältigen Rivalitäten, Spannungen und Interessengegensätze mit Rußland in der Region (und auf dem Balkan) in einem Maße zugespitzt haben, das zum Ausbruch von Feindseligkeiten zwischen den beiden Ländern hätte führen können.

Neben Rußland dürfen auch die Interessen Irans nicht übersehen werden. Wenn die Türken ihre Rolle in der Region aus der ethnischen Zusammengehörigkeit der Turkvölker begründen,

so verweisen die Iraner auf die kulturelle Dimension. In Teheran wird Zentralasien unter kulturellen Vorzeichen ebenso als politisches Hinterland verstanden, wie es in Ankara unter ethnischsprachlichen Aspekten der Fall ist.

Wie auf dem Balkan, hat die türkische Politik auch im Kaukasus Zurückhaltung geübt. Dabei sind die push- und pull-Faktoren erheblich gewesen. Das heißt: der Druck auf die türkische Regierung seitens jener – innenpolitischen – Kräfte, die ein höheres Profil der Türkei in der Region à tous azimuts fordern, wurde stärker. Zugleich bilden sich im Prozeß des Umbruchs jenseits der türkischen Grenze politische Konstellationen aus, die eine stärkere Rolle der Türkei dort geradezu herauszufordern scheinen.

Der Mittlere Osten

Eine ähnliche Ambivalenz von Versuchung zur Machtpolitik in der Region und politischer Zurückhaltung hat auch die Politik Ankaras gegenüber seinem mittelöstlichen Umfeld gekennzeichnet. Die Beziehungen mit Syrien, durch die Geschichte über Jahrzehnte belastet, haben sich in den letzten Jahren verschlechtert. Aus syrischer Sicht liegt der Kernpunkt der Beziehungen in der Problematik des Euphrat-Wassers, das über die türkisch-syrische Grenze fließen wird, wenn erst einmal das "SüdostanatolienProjekt", ein gigantisches Bewässerungs- und Energieerzeugungsvorhaben, in den Einzugsgebieten von Euphrat und Tigris vollendet sein wird. Zwar hat es hier in den letzten Jahren Gespräche gegeben. Aber Ankara hat deutlich gemacht, daß die Entscheidung über das Wasser eine Angelegenheit des nationalen Interesses der Türkei sei. Für die Türkei ihrerseits ist die Einstellung der Unterstützung der PKK durch Damaskus der Kernpunkt der Beziehungen zu Syrien. Immer unverhüllt ist diese Organisation aber der Hebel geworden, Druck auf Ankara auszuüben, in der Wasserfrage syrischen Interessen gegenüber offen zu bleiben.

Auch die Beziehungen mit dem Irak sind nicht ohne Belastungen. Zwar sind sie für den Augenblick eher durch Interessengemeinsamkeiten geprägt. So hat Ankara ein erhebliches Interesse an einer Normalisierung der Gesamtsituation des Irak; sie würde die Wiederaufnahme des vollen Ölexports durch die türkischen Pipelines und damit eine Verbesserung der Wirtschaftssituation in der armen südöstlichen (kurdisch geprägten) Region des Landes bedeuten. In der Tat ist mit der partiellen Wiederaufnahme des Ölexports seitens des Irak im Rahmen des "oil for food"Programms ein erster Schritt in diese Richtung gemacht worden. Auch muß Ankara daran gelegen sein, daß Bagdad wieder die Kontrolle über den kurdischen Norden des Landes zurückgewinnt. An einem fortschreitenden Zerfall des Irak kann der Türkei mit Blick auf das Kurdenproblem im eigenen Land nicht gelegen sein. Auf der anderen Seite aber hat die kurdische Frage zur Belastung der Beziehungen geführt. Die wiederholten (zuletzt 1997) Operationen der türkischen Armee gegen die PKK auf irakischem Boden mögen zwar dem irakischen Regime insofern nicht ganz ungelegen gewesen sein, als sie zugleich geeignet waren, die irakischen Kurden in Schach zu halten. Die anhaltenden Verletzungen der Souveränität des Irak aber haben auch Erinnerungen daran wachgerufen, daß die kemalistische Regierung 1926 nur auf erheblichen Druck Englands hin zugestimmt hat, das Wilayet Mossul dem neuen Staat Irak, der unter britischer Ägide entstand, zuzuschlagen. Spekulationen über eine mögliche Annexion dieses Gebietes durch die Türkei sind in den letzten Jahren immer wieder in der türkischen Presse aufgetaucht. Darüber hinaus belastet die Wasserfrage zunehmend auch die türkisch-irakischen Beziehungen. Denn nicht nur die Knappheit des Euphrat-Wassers schlägt voll auf den Irak durch. Das Zweistromland lebt auch von den Wassern des Tigris, der Teil des Südostanatolien-Projekts ist. Die Unruhe darüber hat zu einer syrischirakischen Annäherung mit unüberhörbar antitürkischen Untertönen geführt. Auch die Arabische Liga ist mit der Wasserfrage befaßt worden.

Auch die Beziehungen der Türkei zu Iran sind bis heute ambivalent geblieben. Zwar sind beide Seiten bemüht, den Schein von Normalität zu wahren. Die Wirtschaftsbeziehungen haben sich positiv entwickelt; und um wirtschaftliche Zusammenarbeit geht es auch im Rahmen der Economic Cooperation Organization (ECO), die 1985 von der Türkei, Iran und Pakistan gegründet wurde und ihren Sitz in Teheran hat.

Dem steht eine lange Kette von Irritationen gegenüber. Es begann damit, daß nachrevolutionäre Besucher aus Teheran sich stets weigerten, dem türkischen Staatsgründer durch den Besuch seines Mausoleums ihre Reverenz zu erweisen. Islamistische Propaganda, geheimdienstliche Aktivitäten der Iraner auf türkischem Boden sowie die Ermordung iranischer Oppositioneller, die in die Türkei geflohen waren, waren andere Tatbestände, die – häufig in den Medien groß aufgemacht – dem Regime in Teheran angelastet wurden.

Europas Interesse an der Türkei

Vor dem Hintergrund des Dargelegten hat Europa ein vitales Interesse an einer starken Bindung zur Türkei. Die für die EU essentielle Frage lautet: Wird das Land ein stabilisierender Pol innerhalb eines derart fragilen Umfelds bleiben oder läuft es Gefahr, selbst Teil der Konflikte und Probleme in seinem geographischen und politischen Umfeld zu werden. Es muß eingeräumt werden, daß die Türkei dem "Alptraum von 360 Grad" mit bemerkenswerter Nüchternheit gegenübergetreten ist. Zwar waren in Regierung und Parlament nicht selten auch opportunistische und populistische Reaktionen nicht zu übersehen bzw. zu überhören. Die insbesondere auf dem Balkan und im Kaukasus geübte politische Zurückhaltung aber war eine wesentliche Voraussetzung für eine lokale Begrenzung der Konflikte dort. Die Verführung, eine regionale Machtpolitik gegenüber ihrer Umgebung zu spielen, könnte in dem Maße steigen, in dem Ankara sich von Europa lösen und sich gleichsam politisch freischwebend im Namen eigener Interessen in die Konflikte der Region einmischen würde.

Ein solcher Populismus hätte tiefgreifende destabilisierende Auswirkungen, die Europa berühren. Eine Verwicklung Ankaras im Kaukasus auf seiten der kaukasischen Völker in ihrer Auseinandersetzung mit Rußland bzw. Aserbaidschan im Konflikt mit Armenien, würde einen langfristig gravierenden Konflikt mit Rußland bedeuten. Die Achillesferse der Türkei ist das Kurdenproblem: Nach dem Beginn der russischen Invasion in Tschetschenien hatte Moskau Anfang 1995 Ankara unverhüllt klargemacht, daß es die Sezessionsbestrebungen der kurdischen PKK unterstützen würde, sollte sich die türkische Regierung in den Kampf der Tschetschenen gegen Rußland einmischen. Auf dem Balkan, wo die Erinnerungen an die jahrhundertelange Türkenherrschaft noch lebendig und voller Emotionen sind, würde eine "osmanisch" eingefärbte Unterstützung der Muslime, Nicht-Türken wie Türken, deren Probleme zwischen Bosnien und Griechenland mit dem Ende des Ost-West-Konflikts und dem Zerfall Jugoslawiens tatsächlich deutlicher hervortreten, alte Feindschaften wiederbeleben und die Entstehung eines orthodoxen Lagers begünstigen, dem sich auch – wenn auch aus der Ferne – Rußland anschließen könnte. Der Konflikt mit Griechenland würde dann gesteigerte Brisanz erhalten. An der "arabischen Front" schließlich sind die Spannungen bereits akut. Die wiederholten Invasionen der türkischen Armee auf irakischem Gebiet werden von Verlautbarungen einer nationalistischen Presse begleitet, die einen historischen Anspruch der Türkei auf den nörlichen Irak unterstreicht. Vor allem aber das israelisch-türkische Militärabkommen, das im Februar 1996 geschlossen wurde, läßt die Kriegsgefahr steigen. In ihm wird nicht nur die Modernisierung der Flotte der türkischen Kampfbomber durch Israel vereinbart; vielmehr werden weitreichende Vereinbarungen getroffen, die von Übungsflügen der israelischen Luftwaffe über anatolischem Gebiet bis zu gemeinsamen Manövern reichen. Unübersehbar ist die arabische Seite alarmiert. Die beiden am meisten betroffenen Staaten, Syrien und der Irak, deren gemeinsame Grenze seit

1979 geschlossen war, haben begonnen, sich wieder einander anzunähern. Daß der Iran, dem Israel einerseits und das Militär in der Türkei andererseits feindselig gegenüberstehen, gleichfalls alarmiert ist, versteht sich nahezu von selbst. Mit dem getroffenen Arrangement werden für Israel – mit Bezug auf den Friedensprozeß – und die Türkei – mit Bezug auf die Frage des Wassers und der PKK – politische Lösungen weniger dringlich und wächst die Gefahr wachsender Neigung zu militärischen Lösungen durch die beiden militärischen "Supermächte" in der Region.

Die Voraussetzung eines berechenbaren Verhaltens in der Außenpolitik der Türkei in ihrem regionalen Umfeld ist die Vertiefung der türkisch-europäischen Beziehungen. Nur eine türkische Führung, die starkes Interesse und eine feste Anbindung an Europa hat, wird entschlossen sein, der Verführung zu widerstehen, in dem krisenhaften regionalen Umfeld eine "Rolle" zu spielen. Dazu aber bedarf es einer nüchternen Bestandsaufnahme der Tragfähigkeit des gegenwärtigen Beziehungsgeflechts zwischen beiden Seiten. Zu Recht hat das Europaparlament – trotz nachhaltiger Bedenken der Abgeordneten – im Herbst 1995 die Zollunion mit der Türkei beschlossen. Es hat freilich deutlich gemacht, daß eine Ausfüllung der Zollunion an die Erwartung geknüpft ist, daß die Türkei in Sachen Menschen- und Minderheitenrechten sowie Demokratie ihre Hausarbeiten macht. Auf der türkischen Seite ist zwar die Europäische Union weiterhin ein wichtiger Bezugspunkt türkischer Politik. So sind türkische Politiker aus dem Mitte-Links- und Mitte-Rechts-Lager nicht müde geworden, gerade die "neue Rolle" der Türkei als ein gewichtiges Argument mit Blick auf den Anspruch Ankaras auf Vollmitgliedschaft in der EU erscheinen zu lassen. Und das Ziel der Zollunion wurde mit unübersehbarem Nachdruck in Ankara verfolgt. Andererseits aber ist die Frustration über Europa weithin spürbar. Der rasche Zuwachs der Stimmen für die Heilspartei, die sich im Verlauf der Jahre europakritisch gezeigt hat, hat auch – wenn auch natürlich nicht ausschließlich – damit zu tun.

Weist auch die zentrale Achse türkischer Außenpolitik noch immer nach Europa, so hat sich heute Ernüchterung breitgemacht und wird der Orientierungspunkt Europa zu anderen Schwerpunkten türkischer Außen- und Sicherheitspolitik in Bezug gesetzt und zugleich relativiert. So heißt es noch immer in den meisten außenpolitischen Analysen, daß sich die Türkei als einen europäischen Staat betrachte.⁴ Gerade jüngere Aussagen lassen erkennen, wie sehr auch hartnäckige Verfechter der europäischen Berufung zweifeln, daß die europäische Priorität Ankaras gewährleistet, daß das Land seinen angemessenen Platz in der neuen globalen Struktur erhalten wird. Das Spektrum der Reaktionen reicht von kaum verholener Ratlosigkeit über Wunschdenken bis zu trotziger Attitüde: Man könne auch ohne Europa auskommen.⁵ Der gegenwärtige Status gegenüber Europa wird vielmehr ungeschminkt negativ eingeschätzt, worin die Gefahr einer Marginalisierung der Türkei gesehen wird. Dies lasse nicht nur der Katalog der in die EU aufzunehmenden Staaten erkennen, auf dem die Türkei kaum noch vorkomme, was mit Bitterkeit wahrgenommen wird. Die Europäisierung der Sicherheitsstruktur durch einen möglichen Ausbau der Westeuropäischen Union (WEU) würde eine solche Tendenz verschärfen. Eine sich herausbildende Identität von EU und WEU könnte für die Türkei, im Falle sie nicht Mitglied in ersterer würde, eine spürbare Beeinträchtigung ihrer Sicherheit bedeuten.

Europa und die Türkei sind unübersehbar in eine Vertrauensrise geraten, die auf beiden Seiten über jene Kreise hinausgeht, die seit eh und je der anderen Seite kritisch bis ablehnend

⁴ Vgl. Turkey's Foreign Policy Objectives, in: Foreign Policy (Ankara), 17(1993)1-2, S. 3.

⁵ Die populistische Rhetorik versteigt sich bis hin zur Behauptung, die Türkei könne ohne Europa, Europa aber nicht ohne die Türkei auskommen. Zu dem beachtlichen Selbstbewußt sein türkischer Selbsteinschätzung vgl. Kemal Kirişçi: The End of the Cold War and Changes in Turkish Foreign Policy Behaviour, in: Foreign Policy (Ankara), 17(1993)3-4, S. 1-43, hier: S.1 f. und 10.

gegenübergestanden haben. Europa verengt seine Politik gegenüber der Türkei auf deren Defizite, was Menschenrechte, Demokratie und die Kurdenfrage betrifft. Die politische Elite der Türkei (getragen von einer immer breiteren Öffentlichkeit) läßt sich von dem Gefühl treiben, von Europa nur noch herumgestoßen zu werden.

Beide Seiten haben weder eine langfristige Vision über ihre Beziehungen, noch sind sie bemüht, einander mit aufrichtigem Verständnis zu begegnen.

Was sind die Bedingungen für die Berechenbarkeit, die die türkische Außenpolitik über Jahrzehnte ausgezeichnet hat? Voraussetzung einer Außenpolitik, die sich an den Interessen des Landes orientiert, konzeptuell abgestützt ist, den internationalen Realitäten entspricht und zugleich durchsetzungsfähig ist, wäre die Herstellung stabiler Regierungsverhältnisse und die Lösung einer Reihe von grundlegenden Problemen, die in den neunziger Jahren immer deutlicher hervorgetreten sind. Stagnation und Verfall in der türkischen Innenpolitik haben negativ auf die Außenpolitik zurückgewirkt. Sie haben die Beziehungen zu Europa in wachsendem Maße belastet. Eine Türkei, die in Sachen Demokratie, Menschenrechten und Behandlung von Minderheiten unübersehbare Defizite hatte, war kaum als politisches Modell – etwa in Zentralasien – zu vermitteln. Das Kurdenproblem hat die Stellung der Türkei insbesondere auch gegenüber jenen Mächten in der Region geschwächt, die ein Interesse an der Destabilisierung des Landes haben.

Die Warnung vor Populismus in der türkischen Außenpolitik schließt auch die Warnung vor der Versuchung ein, überkommenen "Pan"-Konzepten größeren Raum einzuräumen. Pan-Turkismus und Pan-Islamismus waren schon im Schwange, als die türkische Elite über Alternativen zu dem wankenden Osmanischen Reich nachdachte.⁶ Nüchtern und mit historischem Erfolg konzentrierten sich demgegenüber die Gründer der Türkischen Republik um Mustafa Kemal Atatürk auf die Schaffung des türkischen Nationalstaates in den heutigen Grenzen. Hinter den Kulissen haben weitreichende Vorstellungen aber durchaus ihre Verfechter; in türkisch-nationalistischen und islamistischen Kreisen des türkischen Parteienspektrums finden ein engerer Zusammenschluß der "türkischen Welt" und die Wiedervereinigung der "islamischen Gemeinschaft" bis hin zur Wiedererrichtung des Kalifats durchaus ihre Verfechter. Anzeichen für pantürkische und panislamistische Aktivitäten sind im Kaukasus (Tschetschenien) und Zentralasien, aber auch auf dem Balkan sichtbar.

Die türkische Elite sollte sich darüber im Klaren sein, daß eine wie immer geartete Alternative zu Europa eine gefährliche Option ist. In einer Region gelegen, die die türkische Außenpolitik zu einem "Alptraum von 360 Grad" macht, ließe das Land Gefahr, sich seiner Moderatorenrolle zu begeben und Teil der Probleme dieser Region zu werden – mit kaum absehbaren Verwicklungen auf dem Balkan, im Kaukasus (einschließlich Spannungen mit Rußland) und mit den arabischen Nachbarn. Europa muß sich eben dieser Tatsache bewußt sein, daß eine solche Türkei zu einem Risiko für die regionale Stabilität und damit für seine Sicherheit würde.

Vor dem Hintergrund des nach wie vor gegebenen wechselseitigen Interesses am jeweiligen Partner sollten starke Impulse ausgehen, den Schwierigkeiten in den türkisch-europäischen Beziehungen endlich ein Ende zu setzen. So gilt es, eine Plattform für einen umfassenden europäisch-türkischen Dialog zu schaffen. Eine umfassende Bestandsaufnahme und ein umfassender Austausch über all das, mit dem die Europäer und die Türken im 21. Jahrhundert

⁶ Vgl. Jacob M. Landau: Pan-Turkism. From Irredentism to Cooperation, London 1995(2).

gemeinsam konfrontiert sind, wäre das Anliegen. Daraus müßten Handlungsperspektiven erwachsen, die zukunftsorientiert und wirklich tragfähig sind.